

MARCEL FRATZSCHER

Die Macht über Künstliche Intelligenz gehört nicht in private Hände

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Künstliche Intelligenz (KI) kann die Welt zum Besseren verändern und ist gleichzeitig dabei, zur existenziellen Bedrohung zu werden. Die derzeit kursierenden Vorschläge, diese Gefahr zu reduzieren, sind völlig unzureichend. Selbst Wirtschaftswissenschaftler wie der US-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz setzen mit ihrer „progressiven KI-Agenda" auf klassische Instrumente der Ökonomie. Doch genau diese könnten sich bei hochentwickelter KI als kontraproduktiv erweisen.

Diese „progressive KI-Agenda" enthält im Kern drei Elemente: mehr Wettbewerb, stärkere Umverteilung der durch KI entstehenden Gewinne über höhere Steuern und Transferzahlungen und, was ebenfalls der klassischen Lehre der Ökonomie folgt: bessere Regulierung, klar definierte Eigentumsrechte und staatliche Regeln, um Marktmissbrauch zu verhindern.

Das Kernproblem ist aber nicht zu wenig Wettbewerb, sondern zu viel Wettbewerb um immer mächtigere und autonomere Systeme. Die Gewinne werden privatisiert, die existenziellen Risiken sozialisiert. Genauso wie bei Atomwaffen wollen wir keinen privaten Wettlauf um Technologien, die die Existenz der Menschheit gefährden. Was wir wollen, ist der Wettbewerb um KI für Klimaschutz, Medizin oder Produktivität. Die Schwierigkeit liegt darin, zwischen gutem und gefährlichem Nutzen zu unterscheiden. Wir sollten nicht einigen wenigen Unternehmern die Macht geben, für Milliarden Menschen darüber zu entscheiden, welche Risiken akzeptabel sind.

Auch die Regulierung privater Unternehmen durch den Staat ist dafür unzureichend. Niemand würde private Unternehmen Atomwaffen entwickeln lassen und anschließend darauf vertrauen, dass der Staat die Risiken schon richtig reguliert. Regulierung funktioniert zudem nur, wenn der Regulierer die Risiken beobachten und rechtzeitig eingreifen kann. Genau das ist bei KI nicht gewährleistet. Die Unternehmen kennen ihre Systeme besser als Behörden und entwickeln sie schneller, als Regeln angepasst werden können. Auch Haftung kann dieses Marktversagen nicht lösen. Kein KI-Unternehmen kann für Schäden haften, die seinen eigenen Wert um ein Vielfaches übersteigen.

Deshalb braucht eine Sicherheitsagenda öffentliche Kontrolle über Unternehmen, die die leistungsfähigsten Modelle entwickeln. Kein privater Unternehmer sollte das Recht haben, Risiken einzugehen, deren mögliche Kosten die gesamte Menschheit trägt. Wer die mächtigsten KI-Systeme besitzt, besitzt damit zunehmend auch die Macht zu entscheiden, welche Risiken eingegangen werden. Dies heißt nicht, dass der Staat KI-Unternehmen selbst führen sollte. Staatseigentum kann Innovation bremsen. Deshalb sind Modelle öffentlich-privater Partnerschaften eine kluge Antwort: ein hybrides Eigentums- und Kontrollmodell mit privater Innovation und Wettbewerb, aber gesellschaftlicher Kontrolle über kritische Inputs und Sicherheitsstandards.

Die ultimative Kontrolle muss bei öffentlichen Institutionen liegen. Das löst das technische Sicherheitsproblem nicht, entschärft aber den Interessenkonflikt und ermöglicht es hoffentlich, rechtzeitig die Notbremse zu ziehen. Diese Kontrolle muss international koordiniert werden, sonst ersetzen wir den Wettlauf zwischen Unternehmen durch einen zwischen Staaten. Eine internationale Institution sollte Unternehmen und Rechenzentren überwachen, die Frontier-Modelle trainieren, gemeinsame Standards setzen und notfalls eingreifen. Das dritte Element einer Sicherheitsagenda ist staatliche Kontrolle der kritischen Ressourcen: Energie, Daten, Rechenzentren, Hochleistungschips und digitale Infrastruktur. Gerade weil KI-Modelle schwer zu kontrollieren sind, ist die Kontrolle der Ressourcen entscheidend.

Wir geben Milliarden aus, um Deutschland und Europa militärisch zu schützen. Gleichzeitig überlassen wir Entwicklung und Risiken einer fundamentalen Technologie, die auch für die militärische Sicherheit essenziell ist, weitgehend wenigen privaten Unternehmen. Das ist ein Widerspruch, den wir uns nicht länger leisten können.

Dieser Beitrag ist am 5. Oktober 2026 in einer längeren Fassung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen.

Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2026-41-4

IMPRESSUM

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 E-Mail: kundenservice@diw.de
93. Jahrgang 7. Oktober 2026

Herausgeber*innen
Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler;
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert;
Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat
Prof. Dr. Peter Haan; Dr. Lavinia Kinne

Redaktion
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Sandra Tubik

Gestaltung
Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter **www.diw.de/wochenbericht** abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter **www.diw.de/wb-anmeldung**

ISSN 1860-8787